Der Niendorfer

Informationen und Meinungen
aus unserem Distrikt - für unseren Distrikt

37. Jahrgang Nr. 9-2011 Hamburg, den 30.9.2011

Dr. Monika Schaal, MdHB:
Die Hamburger Wälder gehören zu und nach Hamburg

Mit "Der Wald bleibt hier" hatte das Niendorfer Wochenblatt seine Ausgabe vom 14. September aufgemacht und damit auf ein Verwaltungsabkommen mit Schleswig-Holstein hingewiesen, das möglicherweise Auswirkungen auf das Niendorfer Gehege haben wird. Unsere Bürgerschaftsabgeordnete Monika Schaal ist darauf mit ihrem Fraktionskollegen Andreas Dressel - als Volksdorfer ebenfalls Betroffener - aktiv geworden und schildert für den NIENDORFER, was an der "Tatarenmeldung" dran ist:

Der Unmut war groß als Andreas Dressel Ende August mit der Hiobsbotschaft kam: Es gibt Pläne, die Hamburger Forsten an Schleswig Holstein abzugeben. „Du hast ja das Niendorfer Gehege im Wahlkreis, ich den Wohldorfer Wald. Lass uns schnell einen Termin mit dem Senat machen", schlug der Fraktionsvorsitzende vor. Wenige Tage später saßen Andreas, unsere zuständige Sprecherin für Landwirtschaft und Forsten, Andrea Rugbarth, und ich Staatsrat Egert in der Wirtschaftsbehörde gegenüber, um klarzustellen, dass wir mit den Senatsplänen nicht einverstanden sind.

„Unser Wald bleibt hier. Wir wollen nicht, dass die Verwaltung oder vielleicht die Förstereien samt Förster nach Schleswig Holstein abgegeben werden. Der Hamburger Wälder sind in erster Linie Natur- und Erholungswald und soll es auch bleiben", verlangten wir gemeinsam vom Senat.

Tatsächlich stehen zahlreiche Waldstücke sogar unter Naturschutz. Darum müssen die Hamburger Forsten schonend gepflegt werden. Der Hamburger Wald ist kein Nutzwald. Unser Nachbar im Norden lässt seit 2008 seine Wälder durch einen öffentlich-rechtlichen Betrieb verwalten, der im Ruf steht, die Wälder im Norden vorrangig unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu nutzen.

Keine Verlagerung der Verwaltung nach Schleswig-Holstein.

Die Senatsvertreter versuchten die geheimen Pläne zu entschuldigen: Schließlich sei Schleswig-Holstein ja

Auf Seite 2 geht's weiter

Unsere Glückwünsche

Erika Gerhard
wird am 3.10. 72 Jahre alt
Dietrich Schacht
wird am 5.10. 83 Jahre alt
Hans Dierk
wird am 10.10. 78 Jahre alt
Ernst Kruse
wird am 16.10. 92 Jahre alt
Joachim Jens
wird am 17.10. 78 Jahre alt
Helga Rasch
wird am 19.10. 83 Jahre alt
Reinhold Busch
wird am 20.10. 81 Jahre alt
Manfred Körner
wird am 20.10. 70 Jahre alt
Annegret Jünemann-Eppinger
wird am 23.10. 65 Jahre alt
Hannelore Mahnke
wird am 27.10. 60 Jahre alt
Christa Randzio-Plath
wird am 29.10 71 Jahre alt

Vorstand und Redaktion gratulieren ganz herzlich

Fortsetzung von Seite 1

fast pleite und man müsse doch helfen. Auf der anderen Seite sei die Verwaltung der Hamburger Waldungen Aufgabe der Bezirke. Das solle auch so bleiben. Es biete sich an, mit Schleswig-Holstein etwa bei der Beschaffung, bei der Erfüllung von Berichtspflichten gegenüber dem Bund und der EU zu helfen oder in Notfällen zusammenzuarbeiten. Davon hätten beide Seiten etwas. Die bewährte waldpädagogische Arbeit durch die Hamburger Förster solle erhalten und die Förster in Hamburg bleiben und nicht nach Schleswig-Holstein abgegeben werden.

In dem Gespräch habe ich erneut auf die ungeklärten Verhältnisse mit dem Niendorfer Forsthaus hingewiesen. Zwar wurde zugesichert, dass der CDU-Bundestagsabgeordnete Kruse jetzt dort ausziehen würde. Allerdings stehen die Räumlichkeiten noch immer nicht für den Förster zur Verfügung, da die „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald", dessen Geschäftsführer ist Kruse, weiterhin Mieter ist.

Die Wirtschaftsbehörde hat sich noch immer nicht geäußert, ob und wann der Förster einziehen kann. Das Niendorfer Forsthaus wurde - anders als andere - mit der Verwaltungsreform 2006 nicht in das Verwaltungsvermögen des Bezirks übertragen, sondern blieb - angeblich aus Kostengründen - bei der Wirtschaftsbehörde. Die Antwort auf die Frage, wann der Förster ins Niendorfer Gehege umziehen wird, steht immer noch aus.

Doch auch das nehmen wir nicht hin und holzen weiter.

Wahlkreise werden geändert

oh/ Das Wahlgesetz schreibt den Zuschnitt der Wahlkreise vor, der sich vorangig an den Einwohnerzahlen zu orientieren hat. Zur Wahl 2014 müssen für die Bezirksversammlungswahlen mehr und räumlich kleinere Wahlkreise als heute gebildet werden, in denen je nach Größe drei bis fünf Abgeordnete direkt gewählt werden. Für die Bezirkswahlkreise bedeutet es, dass sie vollständig neu geschnitten und verkleinert werden müssen.

30 Mitglieder der Bezirksversammlung werden über die Wahlkreise gewählt, in jedem sind 3 bis 5 Mandate zu verteilen. Stadtteilgrenzen dürften von BV-Wahlkreisen durchschnitten werden. Für uns steht im Vordergrund, dass man die Neuzuschnitte den Bürgerinnen und Bürgern auch verständlich machen muss. Angesichts dessen sind Zerschneidungen von Stadtteilen aus unserer Sicht kaum vermittelbar. Sämtliche Modelle, die die Verwaltung uns bisher vorgelegt hat, sind mit Blick auf unseren Stadtteil für den Distriktsvorstand so nicht akzeptabel.

Schau'n wir mal...

Ab September tourt der Bürgermeister mit der Veranstaltungsreihe „Olaf Scholz im Gespräch" durch alle 17 Wahlkreise Hamburgs. „Ich werde eine halbe Stunde ‚unplugged' erzählen, was schon in der Stadt geschehen ist und was ich mir für die Zukunft vorstelle. Anschließend haben die Bürgerinnen und Bürger eine Stunde Zeit, ihre Fragen loszuwerden. Ich werde jede beantworten."

„Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, direkt mit dem Bürgermeister zu sprechen. Der direkte Austausch soll zum Alltag in der Demokratie werden und den Stil der Politik in Hamburg nachhaltig verändern. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung von Demokratie und Bürgernähe", so Scholz.

Impressum:
DER NIENDORFER erscheint 11-mal jährlich und wird herausgegeben vom SPD-Distrikt Niendorf, Rudolf-Klug-Weg 9, 22455 HH. ☎ 040/55004640
Internet: niendorf.spd-hamburg.de

Konto: Haspa (BLZ 200 50 550) Nr.: 1323-122091
Redaktion: Olaf Hanik (oh)/Sprecher, Nils Harringa (NH), Manfred Körner (MK), Marc Schemmel (MS), Sabine Steppat (St), Benjamin Waldmann
E-Mail: >www.spd-niendorf.redaktion@alice-dsl.net<

Druck: Druckservice Jansen, Frohmestr.8, 22457 HH
Die nächste Ausgabe des NIENDORFER erscheint am 28.10.2011, Redaktionsschluss: 28.10.2011
Für unverlangt eingesandte Manuskripte können wir leider nicht haften.

Abnickverein oder Meinungsbildner?

Eindrücke vom Landesparteitag am 10. September

mk/ Fast 50 Delegierte fehlten entschuldigt oder unentschuldigt. Sie haben etwas versäumt. Ein brillanter Martin Schulz, Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, warb leidenschaftlich für mehr Europa und weniger nationalen Egoismus in Sachen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Um aus der aktuellen Krise herauszukommen, müssten alle gemeinsam füreinander einstehen. Sonst würde nicht nur Griechenland scheitern, sondern mit ihm auch weitere gefährdete Länder der Eurozone. Dagegen sei auch die deutsche Volkswirtschaft nicht immun. Über 50 Prozent ihrer Exporte gingen in die Eurozone. Als Auswege nannte Schulz die Einführung von Eurobonds bei gleichzeitig wesentlich enger koordinierter Wirtschafts- und Finanzpolitik der an der Eurozone beteiligter Länder.

In Sachen Parteireform hat sich unser Niendorfer Antrag in einem zusammenfassenden Antrag der Antragskommission durchgesetzt. Dort heißt es unter anderem.: „Das Recht und die Möglichkeit der Mitglieder, an Sach- und Personalentscheidungen mitzuwirken, sind zu stärken. Sach- und Personalentscheidungen zu treffen, ist das alleinige Recht der Parteimitglieder und -gremien.“ Klingt gut, lohnt aber nur, wenn die Parteimitglieder und -gremien ihre jetzigen und künftig noch gestärkten Mitwirkungsrechte auch ausüben wollen.

Der Parteitag wollte eher nicht – jedenfalls was den Eimsbütteler Antrag zur Übernahme der Energienetze anging. Er wurde mit seinen Forderungen nach mehr Transparenz im Verhandlungsverfahren, Offenheit gegenüber dem Volksbegehren und Prüfung der verschiedenen Übernahmemodelle nahezu diskussionslos vom Tisch gewischt: Die Verhandlungen mit den Energiekonzernen würden auf der Grundlage des Senatsprogramms geführt, gleichgültig, was das Volksbegehren wolle. Im Übrigen sei dessen Modell sowieso zu teuer. Die Antragskommission empfahl „...Erledigung und Begrüßung der Absicht von Fraktion und Erstem Bürgermeister, keine Festlegungen zu treffen, die einen späteren Volksentscheid ins Leere laufen ließen...”

Der Parteitag erledigte und begrüßte. Im Vorfeld des Parteitages hieß es, dass Zustimmung eine Schwächung der Position des Ersten Bürgermeisters bedeuten würde. Wieso wird eine Sachfrage zur Personalfrage gemacht? Und warum müssen Mitwirkungsrechte und -möglichkeiten der Parteimitglieder gestärkt werden, wenn wir als Regierungspartei offenbar keine andere Meinung äußern dürfen als die unserer Regierungsverantwortlichen? Ein Grund dafür, dass so viele Delegierte auf dem Landesparteitag fehlten? Geschlossenheit ist ein hohes Gut, Meinungsfreiheit und Diskussion über den richtigen Weg aber auch.

Steuerbetrüger sagen Danke

von Jochen Wiemken, Berlin

Die Sektkorken knallten als die Ministerinnen und Minister in ihren Limousinen am Kanzleramt vorfahren. "Wir danken euch!", jubelten als Steuerbetrüger verkleidete Aktivisten den einfahrenden Ministern lauthals zu und stießen mit Sekt auf die gesparten Steuer-milliarden an. Auf der satirischen „Jubel-Demo" im Regierungsviertel feierten die „Steuerbetrüger" ihre Kanzlerin und den Finanzminister. Doubles der CDU-Politiker trugen ihrerseits große Papp-Herzen. Die Aufschrift: „Ein Herz für Steuerbetrüger".

Aktivisten des Bündnisses „Kein Freibrief für Steuerbetrüger" protestierten damit gegen das Steuerabkommen mit der Schweiz, das am 21. September unterzeichnet wurde. Auch die SPD-Länder haben Widerstand im Bundesrat angekündigt. Kritisiert wird, dass Steuerbetrüger billig davon kommen und dauerhaft straffrei sowie anonym bleiben.

Andere Bürger wiederum sangen „Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld?" und forderten, das Steuerabkommen zu stoppen. Denn: „Steuerbetrüger können sich freuen: gegen einen geringen Obolus sollen sie ihr Schwarzgeld legalisieren können, während die ehrlichen Steu-erzahler mal wieder die Dummen sind", sagte Susanne Jacoby vom Kampagnennetzwerk Campact. „Zugleich untergräbt die Bundesregierung mit ihrem Alleingang die Bemühungen der EU für einen automatischen Informationsaustausch." Angesichts von geschätzten über 100 Milliarden Euro Schwarzgeld aus Deutschland, das auf Schweizer Konten liegt, seien die Einnahmen aus der geplanten Abschlagszahlung viel zu gering.

Detlev von Larcher vom Attac-Koordinierungkreis mahnte Bundestag und Bundesrat, „dieses Steueramnestieabkommen auf keinen Fall" zu unterzeichnen. Zugleich forderte er die

Auf Seite 4 geht's weiter

Als neue Genossin im Distrikt begrüßen wir
Martina Möller
Herzlich willkommen bei uns in Niendorf

Fortsetzung von Seite 3

SPD-Länder auf, bei ihrer Weigerung zu bleiben und sich ihre Zustimmung nicht abkaufen zu lassen. Vor einer Woche hatte der Koordinator der SPD-Finanzminister, der rheinland-pfälzische Minister Carsten Kühl, das Abkommen „...nach allem, was wir bisher auf unterschiedlichsten Wegen erfahren haben" für nicht zustimmungsfähig erklärt. Im Namen der SPD-Länder forderte er den Bundesfinanzminister auf nachzuverhandeln.

SPD-Länder und Bundestagsfraktion verweigern dem Gesetz ihre Zustimmung

Die SPD-Länder werden in ihrer Haltung von der SPD-Bundestagsfraktion unterstützt. Oppositionsführer Frank-Walter Steinmeier kritisiert das Abkommen als „Beihilfe zur Steuerhinterziehung". „Es kann nicht sein, dass die Steuerbetrüger anonym bleiben und dass wir uns vertraglich verpflichten, Hinweisen der Strafverfolgung nicht nachzugehen", sagte er der Nachrichtenagentur dpa. Der Fraktionschef zeigte sich überzeugt, dass im Bundesrat für die jetzige Vereinbarung keine Mehrheit zustande kommt.

Auch für Ex-Bundesfinanzminister Peer Steinbrück geht das geplante Steuerabkommen nicht hart genug gegen Steuersünder vor. „Warum satteln wir nicht wenigstens die Pferde?", fragt er in der Wochenzeitung „Die Zeit". Steinbrück: „Lieber kein neues Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz als diesen Entwurf."

Das Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz soll am 1. Januar 2013 in Kraft treten. Es verpflichtet Schweizer Banken, auf Vermögen bisher noch nicht entdeckter deutscher Steuerbetrüger eine Pauschalsteuer zwischen 19 und 34 Prozent an den deutschen Fiskus zu überweisen. Im Gegenzug bleibt die Identität der Steuerbetrüger den deutschen Behörden verborgen, sie können mit Straffreiheit rechnen. Von 2013 an sollen Erträge deutscher Anleger in der Schweiz mindestens genauso hoch besteuert werden wie in Deutschland.

Unser Autor Jochen Wiemken ist seit 2005 als Redakteur beim SPD-Parteivorstand beschäftigt.

Frauenrechtszentrum „Frauenwürde“ in Grozny

Von Sabine Steppat, MdHB

„Äußerlich normalisiert sich das Leben. Unter der Oberfläche wühlt indes die Angst. Wer sich der Herrschaft des Kadyrow-Clans widersetzt, bleibt nicht nur von den Segnungen des Wiederaufbaus ausgeschlossen. Der Terror des Regimes kann jeden jederzeit treffen“, so berichtete die taz am 6. September 2011 über die gesellschaftliche Situation in Tschetschenien. Der jetzige Machthaber Ramsan Kadyrow, der 2007 das Erbe seines bei einem Attentat umgekommenen Vaters Achmat antrat, hat ein System etabliert (die Rede ist vom „Ramsanismus“), das das russische Rechtssystem unterhöhlt. Leidtragende sind insbesondere Frauen, denen Rechte verwehrt werden, die ihnen nach der russischer Verfassung zustehen.

Darüber berichtete die Menschenrechtsaktivistin Libkan Bazaeva, die das Frauenzentrum „Frauenwürde“ (Schenskoje Dostoinstwo) in Grozny leitet. Anlässlich des Jubiläums der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte war die ehemalige Stipendiatin mit ihrer Tochter Rezida am 12. September in Hamburg zu Gast und so hatte ich die Gelegenheit, den Schilderungen dieser beeindruckenden, warmherzigen Frau zuzuhören und sie zu befragen.

Mit ihrem Besuch will sie nicht nur über ihre Arbeit berichten, sondern auch dafür sorgen, dass Tschetschenien nicht aus dem Blickwinkel der Öffentlichkeit verschwindet. Einerseits scheint das Leben für die Frauen ohne Krieg einfacher geworden zu sein, doch andererseits hat es einen beträchtlichen gesellschaftlichen Rückschritt im Land gegeben. Es herrscht die Vorstellung, dass Frauen primär als Hausfrauen zu dienen haben. Äußerlich erkenntlich wird dieses etwa durch die Anordnung der Regierung, wonach Frauen Kopftücher tragen müssen. Halten sie sich nicht daran, kommt es partiell zu Aggressionen.

Die Frauen bewegen sich in einem Dreieck: zwischen den alten kaukasischen Bräuchen (wie etwa dem des Brautraubs, der Entführung einer Frau zum Zwecke der Zwangsheirat), der Scharia und der russischen Verfassung. Derzeit dominiert erstere, letzterer wird am wenigsten Aufmerksamkeit geschenkt. So sind die Frauen weitgehend entrechtet, kommt es zu einer Scheidung, werden die Kinder automatisch dem Vater zugesprochen, ein Anrecht auf Erbschaft haben Frauen nicht. Hier setzt Lipkan mit ihrer Arbeit an, sie lehrt den Frauen, dass die russische Verfassung noch immer gilt und sie die Möglichkeit haben, ihre Rechte wahrzunehmen.

800 bis 1.000 Frauen werden in dem 2002 gegründeten Zentrum betreut, in Fragen der Medizin, der Psychologie – viele Frauen sind aufgrund der Kriege traumatisiert –, des Berufes oder der Ausbildung. Ganz praktische Hilfe wird hier geleistet, 2009 wurden etwa Führerscheinkurse für Frauen angeboten, mit dem Ziel, die Sichtbarkeit von Frauen im öffentlichen Raum zu erhöhen. Dieses Projekte finanzierte die Frauenstiftung FILIA. Außerdem erteilen Lipkan und die

Auf Seite 5 geht's weiter

Fortsetzung von Seite 4

Angestellten des Zentrums Unterricht in den Abschlussklassen der Schulen im Fach Frauenrechte.

Ihre Arbeit erstreckt sich überwiegend auf Grosny, zum Teil sind die Frauenrechtlerinnen aber auch in den Bergen tätig, wo sich die Terroristen aufhalten. Ziel ist es, junge Mädchen von den Rebellen fernzuhalten, denn angesichts der Perspektivlosigkeit für Jugendliche besteht die Gefahr der Radikalisierung.

Zwar gibt es noch immer Terroranschläge, auf die die Sicherheitsbehörden schnell und rabiat reagieren, dabei oftmals sowohl Verdächtige als auch Unverdächtige verhaften. Aber in zunehmendem Maße verlassen internationale NGOs das Land, was die Arbeit der nationalen NGOs gefährdet. Hilfe aus Deutschland ist daher umso wichtiger. Finanzielle Hilfe erfährt das Zentrum unter anderem durch die Stiftung AMICA aus Freiburg, den Hamburger Bezirk von Amnesty International sowie durch die Frauenstiftung FILIA. Ohne Unterstützung aus Europa können sie ihre Arbeit nicht fortsetzen.

Vor den Kriegen war Lipkan als Professorin für Philologie an der Universität in Grozny tätig, 1994 begann sie Friedensdemonstrationen und –märsche zu organisieren und gründete die „Union der tschetschenischen Frauen“, 2003 reichte sie eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg gegen Russland ein, nach 6 Jahren gewann sie den Prozess. Im Auftrag der Menschenrechtsorganisation „Memorial“ führte sie Verhandlungen mit hohen Militärs über „Regeln“ bei sogenannten Säuberungen. Da sie 2003 gefährdet war, half ihr die Stiftung für politische Verfolgte und so verbrachte sie 2½ Jahre in Hamburg. Die Stadt Weimar verlieh ihr 2005 den Menschenrechtspreis.

Insgesamt habe sich gezeigt, resümiert Lipkan Bazaeva, dass sich ein vorsichtiges, sensibles Vorgehen in Sachen Frauenrechte empfiehlt. Auf diese Weise lasse sich für die Frauen mehr erreichen, wie etwa in der Frage des Problems „Brautraub“ deutlich wurde. Diese Praxis konnte zwar nicht vollständig abgeschafft, aber zumindest zurückgedrängt werden.

Saldo kommunal

Marc Schemmel berichtet aus der Kommunalpolitik

Fluglärmsituation

Vor dem Regionalausschuss berichtete der Fluglärmschutzbeauftragte über die aktuellen Entwicklungen bei den Nachtflügen und Bahnnutzungen sowie zu den Beschwerdezahlen und Schallschutzprogrammen.

Sicherheit in Niendorf, Lokstedt und Schnelsen

Im Regionalausschuss Lokstedt wurde ausführlich über die Sicherheits- und Unfalllage in unseren Stadtteilen berichtet. Erfreulich ist, dass die Statistikzahlen in unseren Stadtteilen in den meisten Kriminalitätsfeldern deutlich unter denen für Gesamt-Hamburg liegen. Schwerpunkt sind Wohnungseinbrüche. Hier ist die Polizei mit der niedrigen Aufklärungsquote unzufrieden.

Niendorfer Gehege

Ein umfangreicher Antrag zu diesem Thema wurde von der Bezirksversammlung Eimsbüttel bereits im Februar 2011 beschlossen. Doch die Mühlen der Verwaltung mahlen langsam und eine ganze Reihe von Punkten ist nicht umgesetzt. So wohnt der Förster nach wie vor nicht im Forsthaus und die künftige Nutzung von bestehenden Gebäuden ist auch nach wie vor unklar. SPD und GAL haben deshalb der Verwaltung aufgetragen, künftig monatlich im Ausschuss über die Umsetzung des Beschlusses zu berichten.

Hochwasserschutz an der Kollau

Gerade in den letzten Wochen gab es in Hamburg und Norddeutschland immer wieder Extremwetterereignisse mit Starkregen und Stürmen. Dies hat auch Konsequenzen für uns: Keller laufen voll, es entstehen Schäden an Straßen, Parkanlagen, und Wanderwegen durch Versackungen oder das Abrutschen von Trag- und Deckschichten.

Besonders betroffen ist hier der Bereich entlang der Kollau. Die Umweltverbände forderten schon vor Jahren, Flächen im Überschwemmungsbereich für den vorbeugenden Hochwasserschutz zu verwenden. Der Regionalausschuss Lokstedt beschloss auf Antrag der SPD und GAL, dass die Verwaltung in öffentlicher Sitzung den aktuellen Sachstand zu diesem Thema vorstellt.

Wie weiter in Niendorf-Nord?

Das städtebauliche Entwicklungskonzept befindet sich - laut Verwaltung - derzeit „in der finalen Abstimmung". Ein „Gebietsentwickler” wird diesen Monat ein Stadtteilbüro in Niendorf-Nord einrichten und seine Arbeit aufnehmen. In der Sitzung des Regionalausschusses Lokstedt am 10.10.2011 (Beginn: 18 Uhr im Verwaltungsgebäude Garstedter Weg 13) soll das Konzept und der „Gebietsentwickler” in öffentlicher Sitzung vorgestellt werden. Voraussichtlich in der 2. Oktoberhälfte soll dann in einer öffentlichen Veranstaltung das Konzept präsentiert werden.

Sondermittel der Bezirksversammlung

Der Regionalausschuss Lokstedt hat auf Antrag von SPD und GAL mehrere Projekte und Vorhaben aus unseren Stadtteilen unterstützt:

Verbesserung der Spiel- und Sportsituation in Burgwedel

Zusammen mit den in Burgwedel tätigen Wohnungsbaugenossenschaften hat der Bezirk nun ein Konzept zur Realisierung eines Bolzplatzes in Burgwedel erarbeitet. Die Kosten sollen zu gleichen Teilen von den Baugenossenschaften und aus öffentlichen Mitteln getragen werden. Hierfür wurde ein Sondermittelantrag über 37.500 EUR auf den Weg gebracht. Ein weiterer Wunsch der Kinder und Jugendlichen war die Sanierung des Gum-

Auf Seite 6 geht’s weiter

Fortsetzung von Seite 5

miplatzes auf der Sportanlage Königskinderweg und die Erneuerung der dortigen Basketballkörbe. Der Gummiplatz ist einer der wenigen frei zugänglichen Bolzplätze in dem Quartier. Mit 48.000 EUR wollen die Kommunalpolitiker dieses Vorhaben fördern.

Unverständnis herrschte über das Verhalten der CDU, die ohne Begründung die Maßnahmen für Schnelsen ablehnte.

Sanierung der NTSV-Sportanlage Bondenwald

Eine hohe Fördersumme soll an den größten örtlichen Verein gehen: den Niendorfer TSV. Der Verein will im nächsten Jahr außer der Anlage von einem Kunstrasenspielfeld die Umkleide- und Sanitärbereiche instand setzen. Die finanziellen Belastungen kann der Verein alleine nicht tragen. Daher wurde beantragt, 110.000 EUR für die Herrichtung zur Verfügung zu stellen.

Zum Hintergrund: Es fehlen ausreichend jederzeit verfüg- und nutzbare Sportflächen im Stadtteil. Der Verein mit über 8.000 Mitgliedern hat seit längerer Zeit große Probleme, den Sportbedürfnissen der Mitglieder nachzukommen. Insbesondere die Fußballjugend-Abteilung - eine der größten in Deutschland - kann kaum noch Jugendliche aufnehmen.

Für Fragen und Anregungen steht gerne zur Verfügung:
Marc Schemmel (58918957 oder
E-Mail: ⋗marcschemmel@aol.com⋖

UNSER TERMINKALENDER

DISTRIKTS-MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Dienstag, 4.10.2011, 19:00 Uhr, Lingtons Restaurant im NTSV-Clubheim, Sachsenweg 85

Vorgeschlagene Tagesordnung:
1. Aktuelles
2. Frau Häder, BID- und Quartiersmanagerin des Tibarg, diskutiert mit uns über das Thema: „Niendorfs Zentrum – Fit für die Zukunft?!“
3. Berichte aus Bürgerschaft, Bezirksversammlung und Regionalausschuss
4. Berichte aus den Arbeitskreisen
5. Verschiedenes

Ab 18:30 Uhr Klönschnack im Clubraum

FRAUENGRUPPE NIENDORF

Die SPD-Frauen treffen sich jeden 1. Mittwoch im Monat um 16:00 Uhr im Info-Cafe vom Bürgerhaus Niendorf, Niendorfer Kirchenweg 17
Nächster Treff am 5.10.2011 Auskunft bei: Käte Wolf, ☎ 5516529

POLITISCHER GESPRÄCHSKREIS IM WOHNBEZIRK

Montag, 10.10., 19:30 Uhr, in der Gaststätte „Victor’s”, Quedlinburger Weg 84

SOLIDARITÄT IN DER EU? –GRIECHENLANDS WEG AUS DER KRISE

Öffentliche Veranstaltung im Distrikt Schnelsen, Donnerstag, 13. Oktober 2011, 19:30 bis 21:30 Uhr Im Klubhaus des FC Germania Schnelsen, Königskinderweg 67 (Bus 192)

mit

Sabine Steppat, Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft / Sprecherin Arbeitskreis Europa der Fraktion
Panos Drossinakis, Abgeordneter der Bezirksversammlung Eimsbüttel, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Griechenlands (PASOK) in Hamburg

Einführung und Diskussionsleitung:
Dr. Karl-Wolfgang Menck, Wissenschaftlicher Mitarbeiter/Dozent, Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut

SPD-SENIOREN NIENDORF

TREFFEN SICH JEDEN 3. DIENSTAG IM MONAT IM AWO-SENIORENTREFF, TIBARG 1
NÄCHSTES TREFFEN: DIENSTAG, 18.10., 13:30 UHR

LUST AUF JUSOS?

Juso-Gruppe Lokstedt-Niendorf-Schnelsen
Meeting: Dienstag, 18.10., 19:30 Uhr, Kreishaus Helene-Lange-Straße 1